



Leitlinien für eine sektorübergreifende
Zusammenarbeit in inklusiver
Jugendarbeit



















Ziele

- Die Jugend soll ermutigt werden, durch lokale, auf EU-Ebene geplante Initiativen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der sozialen Eingliederung zu Akteuren des Wandels zu werden.
- YIPPEE zielt darauf ab, die sektorübergreifende Zusammenarbeit zu fördern, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren zu unterstützen und den Austausch von Wissen und bewährten Verfahren zwischen den europäischen Partnerländern zu erleichtern.
- Ziel der sektorübergreifenden Zusammenarbeit ist es, den Integrationsund Aufnahmeprozess junger Migrant*innen so weit wie möglich zu erleichtern, da sie sich nach ihrer Ankunft in einem fremden Land nicht mit weit voneinander entfernten und getrennten Einheiten konfrontiert sehen, sondern mit einem integrierten System, an das sie sich wenden können, einschließlich der sozialen, gesundheitlichen, bildungspolitischen, rechtlichen und administrativen Aspekte des Aufnahmelandes.

Zielgruppe



Lokale Akteure, die mit Jugendlichen arbeiten.

- Lokale Behörden
- Schulen
- NROs
- Arbeitsämter







Resultate

- 18 Best Praktices
- 6 Desk Research zu
rechtlichen Anforderungen
- 6 Stakeholder-Karten mit
57 beteiligten Akteuren
- 120 Interviews mit
Migrant*innen und
Jugendarbeiter*innen
- YIPPEE-Glossar

- YIPPEE-Manifest









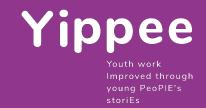












Wichtigste Ergebnisse

- 1. Best Practices Stärken
- 2. Rechtlicher Rahmen der Jugendarbeit
- 3. Schwachstellen im Integrationsprozess
- 4. Leitlinien zur Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit zur Integration von Migrant*innen

Best Practices in Europa zur Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit für soziale Inklusion

SCHWEDEN

Lokale Integrationszentren zur Erleichterung der Integration von Einwanderern.

ÖSTERREICH

"StartWien" der Stadt Wien

ITALIEN

SAI - System für Aufnahme und Integration

PORTUGAL

Programm für die Aufnahme von Geflüchteten in der Stadt Lissabon (PMAR LX)

TÜRKEI

"Für Frauen und Jugendliche", ein Projekt der Stadtverwaltung von Ankara











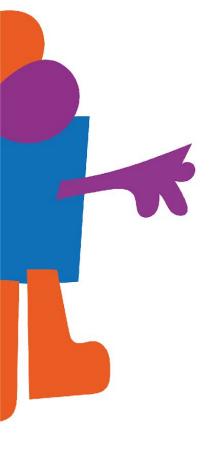








Key Points Best Practices Stärken:



- Gute Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, von der Ankunft der Migrant*innen über die Aufnahme bis hin zur Integration.
- Die Einrichtung eines lokalen Netzwerks mit Einrichtungen des dritten Sektors und Freiwilligen, um eine 360-Grad-Integration in die lokale Gemeinschaft durch soziale, schulische, berufliche und kulturelle Integrationsaktivitäten zu gewährleisten.
- Eine effiziente Zusammenarbeit, die die Regierung bei der Ermittlung und Behebung von Defiziten unterstützt und wirksamere Dienstleistungen mit einem gerechteren Zugang sicherstellt.





















Die Rolle der Jugendarbeit Rechtlicher Rahmen

Rechtliche Anforderungen im Zusammenhang mit der sozialen Inklusion von Migrant*innen beziehen sich auf eine Reihe von Gesetzen, Vorschriften, Strategien und Verfahren, die die Rechte, Pflichten und den Status von Migrant*innen in einem Aufnahmeland regeln. Diese rechtlichen Anforderungen können sich erheblich auf die soziale Inklusion von Migrant*innen auswirken, da sie das Ausmaß bestimmen, in dem Migrant*innen Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen haben, an der Gesellschaft des Aufnahmelandes teilhaben und ihre Menschenrechte genießen können.

Jugendarbeitspolitik in den europäischen Ländern

Schweden

- Die nationale Jugendpolitik in Schweden legt den Schwerpunkt eher auf "sinnvolle Freizeitaktivitäten" als auf formale "Jugendarbeit".
- Die Aktivitäten von Jugendorganisationen werden meist von Freiwilligen durchgeführt, und das Personal in Jugendclubs oder Freizeitzentren ist in der Regel bei Gemeinden oder Betreiberorganisationen angestellt.
- Das Fehlen einer nationalen Politik für Jugendarbeiter*innen.

Österreich

• In Österreich ist die Jugendarbeit eng mit anderen Bereichen, insbesondere der Sozialarbeit, verflochten, und ihr Schwerpunkt liegt eher auf der praktischen Anwendung als auf dem theoretischen Rahmen.



















Jugendarbeitspolitik in den europäischen Ländern

Italien

- Die Jugendpolitik wird vom 2006 gegründeten Ministerium für Jugend und Sport verwaltet.
- Obwohl es kein spezifisches nationales Gesetz gibt, das Jugendarbeit definiert, gibt es in Italien viele Organisationen, die in der Jugendarbeit tätig sind. Diese fördern die Jugendentwicklung, die aktive Teilnahme und die Integration in die Zivilgesellschaft.

Türkei

- Die Jugendarbeit in der Türkei umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, darunter Sensibilisierungsmaßnahmen, Informations- und Beratungsaktivitäten, Förderung der internationalen Entwicklung und bürgerschaftliches Engagement.
- Freiwilligenarbeit ist ein Prozess, der die Idee der sozialen Verantwortung unter jungen Menschen stärkt und eine aktive Bürgerschaft fördert.

















Jugendarbeitspolitik in den europäischen Ländern

Irland

- In Irland ist die Jugendarbeit durch gesetzliche Bestimmungen im Jugendarbeitsgesetz geregelt, die Einschränkungen, Verantwortlichkeiten und Rechte umfassen.
- Es enthält Richtlinien für Jugendarbeiter*innen und Organisationen und legt die Rechte und Pflichten junger Menschen fest, die an Jugendarbeitsprogrammen teilnehmen.

Portugal

• Der II. Nationale Plan für die Jugend, ein wichtiges politisches Instrument zur sektorübergreifenden Koordinierung der Jugendpolitik. Er befasst sich mit den damit verbundenen Herausforderungen der kulturellen Integration von Migrant*innen und mit der entscheidenden Rolle, die Sozial- und Kulturarbeiter*innen in der portugiesischen Gesellschaft spielen.







































Leitlinien zur Verbesserung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit und zur Förderung integrativer Jugendarbeit für junge Geflüchtete und Migrant*innen

Die EU-Jugendstrategie für den Zeitraum 2019-2027 hat als übergeordnetes Ziel, "politische Entscheidungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen in allen Bereichen, insbesondere Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und soziale Eingliederung, zu verbessern" (Rat der Europäischen Union (2018).

Vorrang für Sprachkenntnisse:

Verbesserung der Sprachkenntnisse von jungen Geflüchteten und Migrant*innen, um eine effektive Kommunikation und Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Bildungsanerkennung:

Sich für straffe und transparente Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Zeugnisse einsetzen, um Geflüchteten den Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen, die ihren Fähigkeiten, ihrer Ausbildung und ihrem Fachwissen entsprechen.

Beschäftigungsmöglichkeiten:

Förderung von integrativen Arbeitsmärkten und Qualifizierungsprogrammen, um die Beschäftigungsfähigkeit von Geflüchteten zu verbessern.

Rechtliche Unterstützung und Dokumentation:

Sicherstellen, dass Geflüchtete Zugang zu rechtlichen Informationen und Ressourcen haben, um sich über ihre Rechte, ihren Rechtsstatus und ihre Dokumente zu informieren.

Vereinfachung bürokratischer Prozesse, um Geflüchteten den Zugang zu sozialen Rechten und wichtigen Dienstleistungen zu erleichtern.





















Kultureller Austausch und Verständigung:

Organisation von kulturellen Austauschinitiativen, Workshops und Veranstaltungen, Förderung eines offenen und respektvollen Dialogs zur Bekämpfung von Stereotypen und Vorurteilen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Gemeinschaftliche Unterstützung

Aufbau von gemeindebasierten Unterstützungsnetzwerken, die Geflüchteten ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Verbundenheit innerhalb ihrer Gastgemeinden vermitteln. Ermutigung zur Teilnahme an Aktivitäten in der Gemeinschaft.

Psychosoziale Unterstützung:

Zugang zu Diensten für psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung, um Geflüchteten zu helfen, die emotionalen Herausforderungen von Vertreibung und Integration zu bewältigen.

Engagement und Empowerment von Jugendlichen:

Förderung der aktiven Beteiligung junger Geflüchteter an von Jugendlichen geleiteten Initiativen und Entscheidungsprozessen.





















Youth work Improved through young PeoPIE's storiEs









Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können für sie verantwortlich gemacht werden.